

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 18.09.2013

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel
Stadträtin Zethner (für Stadtrat Hofmann)
Stadtrat Ballonier
Stadtrat Dreher
Stadtrat Ferber
Stadtrat Gernhart (für Stadträtin Schwarz)
Stadtrat Hennrich
Stadtrat Karl-Heinz Scherf
Stadtrat Schusser
VR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.20 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bauanträge

1.1 Gabriele Ansorge, Landstraße 85 a - Wohnhausneubau, Beethovenstraße 10

Frau Ansorge beabsichtigt den Bau eines Reihenmittelhauses im Baugebiet „Wörth-West“. Abweichend von den Festsetzungen des Bebauungsplanes sollen auf dem nur 302 m² großen Grundstück 2 kleinere Wohnungen errichtet werden. Der Nachweis der nötigen Stellplätze erfolgt teilweise auf dem Baugrundstück, teilweise auf dem in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Grundstück Fl.Nr. 2222/158, auf dem der Bebauungsplan Gemeinschaftsstellplätze vorsieht.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des besonderen Wohnungszuschnitts hat die Verwaltung die Zustimmung zu dem Vorhaben und zu der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes empfohlen. Die Stadträte Ferber und Hennrich befürchteten eine Vorbildwirkung für die im Baugebiet noch vorhandenen un bebauten Grundstücke.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß nach intensiver Beratung mit 7:2 Stimmen, das Einvernehmen zu dem Bauvorhaben und zu der nötigen Befreiung hinsichtlich der zweiten Wohneinheit zu erteilen. Die nötigen Stellplätze sind zeitgleich mit dem Wohnhaus herzustellen.

1.2 Georg Stute, Erlenbach - Anfrage zur Errichtung eines Werkstattgebäudes, Presentstraße 14

Herr Stute möchte auf dem Grundstück Presentstraße 14 ein Werkstattgebäude errichten. Er hat angefragt, ob eine Verringerung des Grenzabstandes nach Südwesten (Nachbar Sauerwein) auf 2,50 m in Betracht kommt, da sein Vorhaben sonst nicht wirtschaftlich verwirklicht werden könne.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, die Zustimmung hierzu in Aussicht zu stellen, sofern das Einverständnis des betroffenen Nachbarn im Genehmigungsverfahren nachgewiesen werden kann.

1.3 Melanie und Manuel Reis Pacheco, Steinackerstraße 16 - Errichtung eines Gartenhauses

Die Familie Reis Pacheco möchte im hinteren Bereich ihres Grundstücks ein kleineres Gartenhaus errichten und hat eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Steinacker“ wegen Überschreitung der Baugrenze beantragt.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu.

1.4 Bernd Kettinger, Ludwigstraße 18 - Wohnhausneubau, Caesar-Fuchs-Straße 13

Herr Kettinger hat die Durchführung des Freistellungsverfahrens für den Bau eines Einfamilienwohnhauses in der Caesar-Fuchs-Straße beantragt.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, ein Baugenehmigungsverfahren nicht zu verlangen.

2. Verkehrsangelegenheiten

2.1 Anregung einer Geschwindigkeitsbeschränkung im Bereich der Äußeren Mühle

Mit Schreiben vom 02.07.2013 hat Frau Antonia Walther, Odenwaldstraße 30a, beantragt, im Bereich der Äußeren Mühle Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Die Überquerung der Staatsstraße auf dem Weg mit ihrem Sohn zum Kindergarten sei äußerst gefährlich, da dort regelmäßig mit stark überhöhter Geschwindigkeit gefahren werde.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, mit dem Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung und der Polizei zu klären, ob an der Staatsstraße die Einrichtung einer Meßstelle rechtlich zulässig wäre.

Der Zweckverband hat zwischenzeitlich bei der Polizei die Einrichtung einer Meßstelle beantragt und die Übernahme der Messungen angeboten. Zudem hat der Verband mitgeteilt, daß die Stadt bei der Unteren Verkehrsbehörde die Verfügung einer Geschwindigkeitsbeschränkung anregen kann.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, dies zu tun. Die in Richtung Wörth erst nach der Zufahrt zur B 469 verfügte Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 km/h soll entsprechend früher in Kraft treten.

2.2 Unterschriftenaktion zum Verkehr in der Frühlingstraße

Mit einer Eingabe vom 24.07.2013 (Posteingang Stadt) haben sich insgesamt 103 Anwohner der Frühlingstraße, Bayernstraße, Limesstraße und Birkenstraße gegen den Lkw-Verkehr in der Frühlingstraße gewandt. Angesprochen werden eine mangelnde Überwachung des Nachtfahrverbots, die Zulassung des von der Fa. Diephaus abfahrenden Verkehrs sowie die Nichteinhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h. Die Petenten fordern eine weitere Beschilderung, „die genau ausschreibt, welche Fahrzeiten die Fahrer einzuhalten haben.“

Während der Beratung bestand im Bau- und Umweltausschuß Übereinstimmung, daß die Stadt die angesprochenen und nachvollziehbaren Probleme ohne Mitwirkung der beteiligten Firmen Bauer-Baustoffe und Diephaus nur schwer lösen kann, zumal eine Kontrolle der verfügbaren Beschränkungen bislang nicht erfolgt. Als besonders kritisch wurde übereinstimmend auch der regelmäßig erhebliche Lkw-Verkehr an den Samstagen eingeschätzt.

Die Verwaltung wurde beauftragt zu überprüfen, inwieweit der Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung in dieser Frage unterstützend tätig werden kann. Mit der Polizei soll geklärt werden, ob ein Nachtfahrverbot für den von der Fa. Diephaus abfahrenden Werksverkehr verfügt werden kann.

3. Überprüfung und ggf. Anpassung des Trinkwasserschutzgebietes

Mit Schreiben vom 02.07.2013 hat das Landratsamt Miltenberg die Stadt aufgefordert, die Größe des festgesetzten Trinkwasserschutzgebietes zu überprüfen und ggf. zu reduzieren, nachdem die Quellen I und II für die Wasserversorgung nicht mehr genutzt werden. Die mit der Schutzgebietsverordnung einhergehenden Beschränkungen seien ohne fachliche Begründung nicht rechtmäßig.

Das Büro Jung, Kleinostheim, hat weitergehende Untersuchungen dem Grunde nach befürwortet, da aus der Bauzeit des Brunnens nur lückenhafte Informationen über das Einzugsgebiet des Brunnens bestehen und in der Zwischenzeit verfeinerte Untersuchungs-

und Analysemethoden entwickelt wurden, die eine Einschätzung der zutreffenden Schutzgebietsgröße erleichtern.

In diesem Zusammenhang gab Bgm. Dotzel bekannt, daß die Stadt Klingenberg angefragt hat, inwieweit eine dauerhafte Versorgung über den Trinkwasserverbund möglich ist. Hintergrund hierfür ist die Schließung des Brunnens 1 der Stadt Klingenberg aufgrund eines erhöhten Bleianteils. Sollte der Brunnen 2 ebenfalls vom Netz genommen werden müssen, stünden der Stadt Klingenberg keine eigenen Gewinnungsanlagen mehr zur Verfügung. Das Büro Jung prüft derzeit die technischen und hydrogeologischen Möglichkeiten einer solchen Versorgung. Diese würde die Entnahmemenge aus dem Tiefbrunnen deutlich erhöhen; eine Reduzierung des Trinkwasserschutzgebiets erscheint deshalb derzeit nicht sinnvoll.

Angesichts dieser Entwicklung beschloß der Bau- und Umweltausschuß, von einer Reduzierung des Trinkwasserschutzgebiets derzeit abzusehen.

4. Sanierung des Rathausdaches - Ermächtigung zur Vergabe von Aufträgen

In seiner Sitzung am 31.07.2013 hatte der Stadtrat die Planung für die Sanierung des Rathausdaches gebilligt. Dabei war folgende Kostenberechnung maßgeblich:

Gerüstbau	29.507,36 €
Zimmerarbeiten	109.862,37 €
Spenglerarbeiten	66.538,12 €
Blitzschutz	5.000,00 €
Gesamt	210.907,85 €

Die Submissionen der verschiedenen Gewerke werden am 20.09.2013 erfolgen, eine Auftragsvergabe wäre wegen des ausschreibungsmäßig verbundenen Neubaus des Feuerwehrunterrichtsraums noch vor der für 09.10. geplanten Stadtratssitzung wünschenswert.

Der Bau- und Umweltausschuß ermächtigte die Verwaltung zur Vergabe der Aufträge an die jeweils wenigstnehmenden Bieter, sofern der o.g. Kostenrahmen eingehalten bleibt.

5. Neubau eines Schulungsraumes Am Rathaus - Ermächtigung zur Vergabe von Aufträgen

In seiner Sitzung am 31.07.2013 hatte der Stadtrat die Planung für die Errichtung eines Schulungsraumes am Rathaus gebilligt. Dabei war folgende Kostenberechnung maßgeblich:

Gerüstbau	2.826,15 €
Maurerarbeiten	21.110,41 €
Zimmerarbeiten	11.335,44 €
Spenglerarbeiten	11.346,67 €
Metallfenster und -türen	13.578,23 €
Innenputz	8.527,78 €
Trockenbau	9.359,03 €
Außenputz	7.071,31 €
Estrich	2.804,45 €
Fliesen	9.686,04 €
Schreiner	3.682,18 €
Elektro	10.000,00 €
Sanitärinstallation	12.000,00 €
Heizungsbau	7.000,00 €
Blitzschutz	1.500,00 €
Gesamt	131.827,69 €

Die Submissionen der verschiedenen Gewerke werden am 20.09.2013 erfolgen, eine Auftragsvergabe wäre wegen eines noch im Herbst anzustrebenden Baubeginns noch vor der für 09.10. geplanten Stadtratssitzung wünschenswert.

Der Bau- und Umweltausschuß ermächtigte die Verwaltung zur Vergabe der Aufträge an die jeweils wenigstnehmenden Bieter, sofern der o.g. Kostenrahmen eingehalten bleibt.

6. Neubau eines Radweges in der Presentstraße zwischen Frühlingstraße und Gewerbegebiet „Reifenberg“

Bereits im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes 2002 hatte das damals beauftragte Büro R+T den Bau eines Radweges entlang der Presentstraße von der Frühlingstraße bis in Höhe Tennisanlage vorgeschlagen. Das Vorhaben war damals jedoch nicht weiter verfolgt worden. Die Verwaltung hat angesichts des starken Verkehrs in der Presentstraße diese Überlegungen erneut aufgegriffen.

Danach wäre bis auf wenige kurze Abschnitte ein ausreichend breites Baufeld zwischen der Straße und der Bahnlinie vorhanden, notwendig wäre jedoch eine bauliche Abgrenzung (Zaun) zum Gleiskörper hin. Bei einer Baulänge von etwa 700 m und einer Breite von 2,50 m ergeben sich überschlägig Baukosten von etwa 150.000 €. Bei einer durchschnittlichen Förderung ergäbe sich ein städtischer Eigenanteil von etwa 45.000 €. Angesichts der zu erwartend schwierigen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn sollen weitere Umsetzungsschritte nur auf Grundlage einer entsprechenden Willensbildung im Stadtrat bzw. im Bau- und Umweltausschuß unternommen werden.

Der Bau- und Umweltausschuß sah den angedachten Radweg einhellig als sinnvoll und wünschenswert an. Die Verwaltung wurde beauftragt, zunächst mit der Regierung von Unterfranken die förderrechtlichen Rahmenbedingungen zu klären.

7. Erholungsanlage am Tannenturm

Mit Schreiben vom 10.10.2012 hatte das Amt für Ländliche Entwicklung im Namen der Teilnehmergeinschaft mitgeteilt, daß im Verfahren Wörth noch einige Abschlußmaßnahmen durchgeführt werden können. Neben zwei kleineren Verbesserungsmaßnahmen an bestehenden Wegen wurde dabei auch die von der Stadt seit Jahren angestrebte Herstellung einer Erholungseinrichtung in der Kleingartenanlage am Tannenturm angesprochen und befürwortet. Bei einer maximalen Bausumme von 160.000 € brutto wurde eine Förderung von wenigstens 50% in Aussicht gestellt. Nach Vorstellung des ALE sollen die fünf freigehaltenen Gartenparzellen als offen zugänglicher Erholungsraum unter dem Aspekt der Erhaltung und Pflege historischer Kulturlandschaft mit ortsüblichen Materialien gestaltet werden.

Die Planung der Maßnahme bis zur Entwurfsplanung wäre von der Stadt Wörth zu erbringen. Die planrechtliche Behandlung soll durch das ALE und die Ausführung voraussichtlich durch die Teilnehmergeinschaft erfolgen.

In seiner Sitzung vom 12.12.2012 hatte der Bau- und Umweltausschuß dies zur Kenntnis genommen und eine fraktionsinterne Beratung vereinbart. Nunmehr hat das Amt für Ländliche Entwicklung angefragt, ob das Vorhaben für 2014 vorgesehen werden soll.

Stadtrat Ferber äußerte Bedenken wegen der aus seiner Sicht wenig attraktiven Lage an der Landstraße und des zu erwartenden dauernden Pflegeaufwandes.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, zunächst mit dem Amt für Ländliche Entwicklung ein Gespräch über denkbare Gestaltungsalternativen zu führen.

8. Anfragen

- Auf Anfrage von Stadtrat Hennrich teilte Bgm. Dotzel mit, daß der bei der Fa. Spinner bestellte Valtra-Schlepper noch nicht ausgeliefert wurde.

- Stadtrat Hennrich sprach verschiedene Problembereiche im Friedhof an. Er regte an, nicht genutzte Gräber mit Trennvlies und einer Rieselaufgabe zu versehen, um das Aufkommen von Unkraut zu verhindern. Zudem reklamierte er, daß der Grabaushub die Wegflächen zwischen den Gräbern beeinträchtigt. Im Amtsblatt solle darauf hingewiesen werden, daß die Freiflächen zwischen den Grabstellen von den Nutzungsberechtigten und nicht von der Stadt zu pflegen sind.
- Auf erneute Anfrage von Stadtrat Hennrich sagte Bgm. Dotzel zu, die Kalkulation der Gebühren für die Urnenerdgräber in der Stadtratssitzung am 09.10.2013 vorzulegen.
- Stadtrat Gernhart fragte an, ob die Idee eines Columbariums in der Martinskapelle weiter verfolgt wird. Bgm. Dotzel bestätigte dies und verwies auf die laufenden Gespräche mit dem Landesamt für Denkmalpflege.
- Stadtrat Gernhart kritisierte das Erscheinungsbild der Urnenwand. Bgm. Dotzel sagte zu, die Nutzungsberechtigten zum Entfernen der nicht vorgesehenen Schmuckelemente anzuhalten.
- Stadtrat Ballonier bat darum, im Amtsblatt auf die Anleinplicht für Hunde hinzuweisen.
- Stadtrat Ballonier wies darauf hin, daß in den neu ausgebauten Straßen in der Neustadt Baugruben mit Schwarzasphalt statt mit dem rötlichen Split-Asphalt-Mastix verfüllt wurden. Bgm. Dotzel wies darauf hin, daß das Sondermaterial nur in einer ausreichend großen Menge angeliefert werden kann. Es soll wieder ein einheitliches Erscheinungsbild in den Straßen hergestellt werden.
- Stadtrat Ballonier forderte die Verwaltung auf, die Stellplatzsituation an der Gaststätte LOKal, am Wohnhaus Limesstraße 22 sowie am Anwesen Mozartring 20 überprüfen zu lassen.
- Auf Anfrage von Stadtrat Schusser teilte Bgm. Dotzel mit, daß die Verwaltung zusammen mit dem Büro Wilz Überlegungen anstellt, wie eine Verlängerung der Münchner Straße bis zur Odenwaldstraße und damit eine Teilerschließung des Baugebiets „Wörth-West II“ zu einem vertretbaren Aufwand durchgeführt werden kann.

Wörth a. Main, den 24.09.2013

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer